

Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG • Alter Postweg 36 • 38501 Gifhorn



Pressespiegel vom 18. Januar 2025



Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG
Alter Postweg 36 • 38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 98 98-0
gwg@gwg-gifhorn.de

Bankverbindung
Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg
IBAN: DE23 2695 1311 0011 0107 25
BIC: NOLADE21GFW

Volksbank eG BraWo
IBAN: DE27 2699 1066 3003 5580 00
BIC: GENODEF1WOB

Postbank Hannover
IBAN: DE59 2501 0030 0047 7403 01
BIC: PBNKDEFFXXX

Vorstand: Andreas Otto, Regine Wolters • **Aufsichtsratsvorsitzender:** Uwe Meyer • **Sitz:** Gifhorn • **Registergericht:** Hildesheim GenR. 100016

Niedersachsen will Wohnungsbau durch weniger Bürokratie erleichtern

Schnellere und einfachere Verfahren sind geplant – etwa für den Bau von Garagen, Dächern und Anlagen für grünen Strom – Wohnungswirtschaft sieht Kostenersparnis von 25 Prozent

Von Marco Seng

Hannover. Es gibt immer weniger bezahlbaren Wohnraum, und die Bauwirtschaft erlebt eine Flaute. Darum will Niedersachsen die Bauordnung des Landes erneut anpacken – und weitere Erleichterungen schaffen. So sollen unter anderem Genehmigungsverfahren abgeschafft werden.

„Bürokratieabbau und schnellere Verfahren wie für den Wohnungsmarkt und den Bausektor sind nicht mit einer Novelle erledigt“, sagte Niedersachsens Bauminister Olaf Lies am Freitag. „Wir sind im vergangenen Jahr bundesweit vorangegangen und haben viel beachtete, mutige Lösungen in die neue Bauordnung geschrieben und sie maßgeblich entschlackt.“ Nun sehe man weiteres Potenzial, sagte der SPD-Politiker.

Nach dem Willen des Landes sollen Bauherren und Behörden durch die neue Bauordnung gleichermaßen entlastet werden. Konkret geht es etwa um kürzere Fristen und weniger Vorschriften bei Genehmi-

gungen für Windenergie- oder Solarstromanlagen. Die Berechnung der Größe von Garagen soll zudem flexibler werden. Der Bau von Wintergärten, Terrassen- und Balkon-

Lager-, Vorrats- und Abstellräumen.

Der Neubau sei komplett eingebrochen, der geförderte Wohnungsbau der letzte verbliebene Treiber, sagte Lies. Gerade in dieser Lage setze das Land auf eine einfachere Bauordnung und schnellere Verfahren.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) erklärte bei einer Veranstaltung der Wohnungswirtschaft in Hannover: „Wenn wir einfacher werden, werden wir auch schneller, und wenn wir schneller werden, werden wir auch günstiger.“ Die neue niedersächsische Bauordnung sei ein „Exportschlagler“.

Der Bedarf an neuen Wohnungen in Niedersachsen ist groß. Nach dem jüngsten Wohnungsmarktbericht werden bis 2040 knapp 237.000 zusätzliche Wohnungen benötigt werden. Bei den staatlich geförderten Sozialwohnungen ist der Bestand seit Ende 2016 von gut 85.000 auf rund 51.000 Wohnungen zurückgegangen. Seit 2020 sind die Baukosten rasant gestiegen, da-

durch ist der Neubau von Wohnmobilen eingebrochen.

Niedersachsen hatte bereits 2024 eine Novelle der Bauordnung beschlossen, mit der die Genehmigun-

gen für Neu- und Umbauten deutlich beschleunigt werden sollen, indem der Umfang von Prüfungen und Kontrollen verringert wird. So fallen etwa der Einbau eines Fahrstuhls bei bestimmten Umbauten oder verpflichtende Autostellplätze bei Neubauten jetzt weg. Baulücken sollen rascher genutzt, Dächer einfacher bebaut oder auch brachliegende Flächen in Wohnraum umgewandelt werden können.

Der Verband der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen (vdw) hält Reformen für dringend notwendig. Vor allem für die Mitte der Gesellschaft fehle angemessener Wohnraum, sagte Verbandsdirektorin Susanne Schmitt. „Die Situation ist frustrierend, gesellschaftspolitisch katastrophal und birgt großen Sprengstoff.“ Mit einfacheren Standards ließen sich bis zu 25 Prozent der Baukosten sparen. Nach Angaben von Schmitt haben sich Neumieten in den vergangenen Jahren dreimal stärker verteuert als Bestandsmieten. Dagegen helfe nur eins: „Neubauten, Neubauten, Neubauten“.

„
Wir sind bundesweit vorangegangen und haben mutige Lösungen geschrieben.“

**Olaf Lies (SPD),
Bauminister
des Landes
Niedersachsen**

überdachungen soll bis zu einer gewissen Größe genehmigungsfrei sein. Das gilt teils auch für das Anheben von Dächern, die Einrichtung von Ladestationen oder den Bau von



Es könnten mehr sein: In Deutschland werden weiterhin zu wenig Wohnungen gebaut. FOTO: R. VENNENBERND/DPA

Aller Zeitung, 18. Januar 2025